Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 54 (1999)

Heft: 6

Artikel: Kommunale Agrarpolitik : ein Ausweg aus der Krise?

Autor: Schwarz, Thomas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-891818

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommunale Agrarpolitik – ein Ausweg aus der Krise?

Sozusagen eine Minute nach 12 beginnt es immer mehr verantwortungsbewussten Menschen zu dämmern, dass wir kurz vor dem Aus unserer Landwirtschaft stehen. Die «Agenda 2000» könnte bewirken, dass es bäuerliche Familienbetriebe nur noch in Freilichtmuseen zu bewundern gibt. Denn ein nochmaliger Einkommensverlust – seit Bestehen der EU mindestens der sechste – zwänge den grössten Teil der Familienbetriebe zum Aufgeben. Jetzt scheint sich der Wind allmählich zu drehen. «Die Bauern nicht dem Weltmarkt opfern» heisst ein neues Buch, das im Leopold Stocker Verlag in Graz erschienen ist. In diesem Buch machen sich 23 Politiker und Agrarfachleute aus Deutschland und Österreich Gedanken, wie – sozusagen trotz EU – die Bauern überleben könnten. Die stärkere Betonung der Region und damit die Dezentralisierung zieht sich dabei ebenso wie ein roter Faden durch die Vorschläge, wie der Hinweis darauf, dass nur eine ökologische Landwirtschaft überlebensfähig sein wird. Von allen Beiträgen ist der von Thomas Schwarz aus Regenstauf in Bayern am interessantesten, weil am konsequentesten und praktikabelsten.

Es gibt zahlreiche Gründe, warum sich Kommunen und Landkreise für die Landwirtschaft und dabei zunehmend für nachhaltige landwirtschaftliche Bewirtschaftungsmethoden einsetzen: Umweltbezogene Überlegungen wie Boden- und Grundwasserschutz, Schutz der Pflanzen- und Tierwelt, Biotopschutz, Landschaftspflege und Verminderung der Umweltbelastung sind Motive für die Förderung der Landwirtschaft auf regionaler Ebene. Der Wunsch nach gesunder Ernährung und Versorgung der Bevölkerung mit frischen Produkten aus der Region gewinnt immer mehr an Bedeutung. In Landkreisen, kleineren Städten und Dörfern kommen die Sicherung von Arbeitsplätzen und die regionale Wirtschaftsförderung vor allem im Tourismus als Gründe für ein kommunales Engagement im Bereich der Landwirtschaft noch hinzu.

Dabei genügt es jedoch nicht, der Landbewirtschaftung im Rahmen von Stadt- und Landschaftsplanung einzelne Funktionen zuzuweisen. Wenn die Landwirtschaft auch direkt vor den Toren der Städte langfristig überleben soll, dann ist Verständnis dafür nötig, dass Agrarpolitik nicht nur ökologische, nur ökonomische oder nur soziale Aspekte berücksichtigen darf. Kommunale Landwirtschaftspolitik braucht diese ganzheitliche Sichtweise. Gerade bäuerliche Lebensformen können in ihrer Komplexität und Vielseitigkeit ein anschauliches Beispiel für nachhaltige (Über-)Lebensstrategien sein.

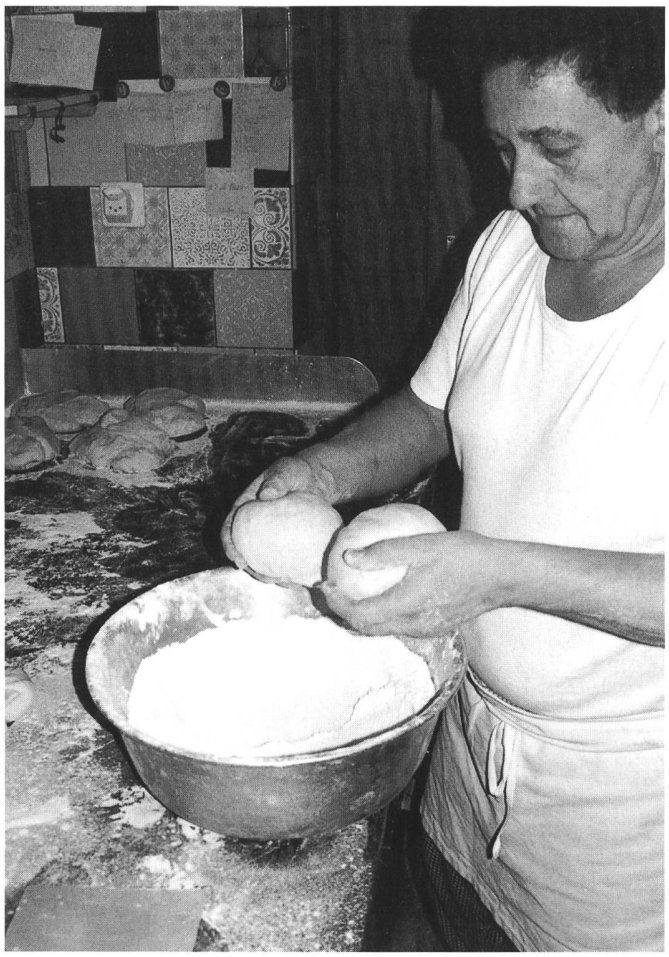
Kommunale Agrarpolitik – ein exotisches Thema?

Viele Bürgermeister winken ab, wenn sie auf ihre Zuständigkeit für Agrarpolitik angesprochen werden. «Das ist doch Sache der EU-Kommission!» Haben also die Belange der Landwirtschaft in den Stadt- und Gemeinderäten nichts zu suchen? Eine Frage, die wohl noch in den fünfziger Jahren auf Unverständnis gestossen wäre.

Die Beziehung zwischen Landwirtschaft und Stadt ist in der Geschichte inniger gewesen, als wir es uns heute vorstellen. Früher waren die Städte in hohem Masse Selbstversorger. Die Nahrungsmittel, die in den Städten konsumiert wurden, wurden im allgemeinen in der Stadt oder im nahen Umfeld der Stadt erzeugt. Der Selbstversorgungsgrad ging jedoch im Rahmen einer zunehmenden funktionalen und räumlichen Arbeitsteilung seit Ende des letzten Jahrhunderts stark zurück.

Dann liefen allerdings drei Entwicklungen parallel, die sich gegenseitig verstärkten:

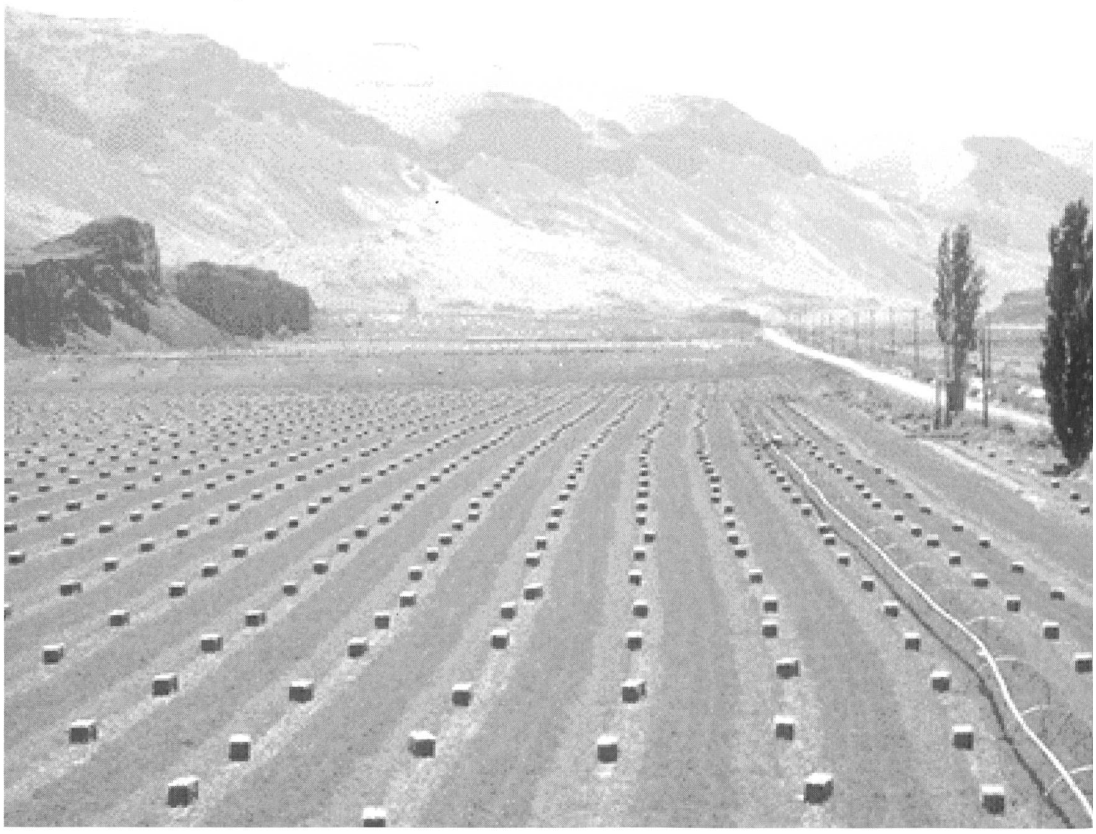
- die sehr schnell abnehmende Notwendigkeit der Sicherung der Versorgung mit Nahrungsmitteln
- die bewusste ideologische Trennung von Stadt und Land (und damit der Niedergang der Landwirtschaft in der Stadt) und



Bäcker und Müller: Partner für die regionale Landwirtschaft

– die Internationalisierung der Agrarpolitik

Mit der Gründung der EWG wurden die Schalthebel der Agrarpolitik verlagert. Ob auf unseren politischen Ebenen wirklich keine effektiven Handlungsmöglichkeiten mehr bestanden, sei dahingestellt. Zumindest war und ist die Meinung weit verbreitet, Agrarpolitik werde effektiv nur noch in Brüssel und Bonn, vielleicht noch in der jeweiligen Landeshauptstadt gemacht. Angesichts der Dimensionen von Weltmarkt, globalen Handelsbeziehungen und internationaler Agrarpolitik fühlen sich Städte, aber auch Gemeinden auf dem Land und Landkreise für Agrarfragen nicht mehr zuständig. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen habe ihre Politik – so spüren oder meinen sie – keine Relevanz mehr.



Aktuelle Hintergründe für kommunale Aktivitäten im landwirtschaftlichen Bereich

Ganz neue Gründe sind es, die dazu führen, dass sich Kommunen und Landkreise in jüngster Zeit wieder mit der Landwirtschaft beschäftigen. Vor allem die Diskussion über die Umweltprobleme der Landwirtschaft hat weite Kreise der Öffentlichkeit wieder für land- und ernährungswirtschaftliche Themen sensibilisiert. Ausgangspunkt für Aktivitäten kommunaler Agrarpolitik sind meist spezifisch lokale Konflikte. Als typische Themen seien beispielhaft folgende genannt:

Grundwasser
Die steigenden Nitrat- und Pestizidgehalte in Trinkwasserbrunnen lassen in vielen Wasserversorgungsunternehmen die Alarmglocken schrillen. Die Kommunen machen sich nun Gedanken darüber, welche Bewirtschaftungsmethoden den Nitrat- und den Pestizideintrag verringern und wie diese Bewirtschaftungsformen gefördert werden können.

Erhaltung der Kulturlandschaft
Angesichts zunehmender Natur- und Umweltzerstörung fällt es in den Aufgabenbereich der Kommunen, die Landschaft zu pflegen. Hierbei werden die Landwirte gebraucht, weil sie das Know-how für die Pflege besitzen und entsprechende Arbeiten kostengünstiger durchführen können. Man bemüht sich um die Landwirte als «Biotop-Pfleger».

Entwicklung einer freizeit- und tourismusgerechten Landschaft
Neben der bereits beschriebenen Biotop-Pflege erbringt die Landwirtschaft aus planerischer Sicht noch eine andere Leistung: Sie soll ganze Landschaften gestalten. Dies hat sie zwar auch bisher gemacht. Es handelte sich jedoch nicht um eine aktive Gestaltung. Die Landschaft entstand vielmehr «im Rücken der wirtschaftenden Menschen».
Aufgrund der aktuellen Entwicklung droht die Bewirtschaftung auf weniger produktiven Standorten jedoch gänzlich zu verschwinden. Ohne Bewirtschaftung drohen grosse Flächen brachzufallen. Hier besteht ein Interesse an einer fortdauernden Existenz der Landwirtschaft. Denn ohne sie entsteht eine Landschaft, die den aktuellen ästhetischen und ökologischen Wertvorstellungen nicht entspricht.

Die Existenz der Landwirtschaft ist hingegen auf hochproduktiven Flächen zumindest aus ökonomischer Sicht kaum bedroht. Die auf diesen Gemarkungen entstandenen Agrarlandschaften sind zwar die logische Folge der bisherigen staatlichen Agrarpolitik, entsprechen aber nicht der Land(wirt)schaft, wie sie sich die Mehrheit der Bevölkerung vorstellt: und sie entsprechen schon gar nicht dem romantisierenden Bild vieler Städter. Diese möchten – auch auf hochwertigen Ackerstandorten – Kühe auf der Weide sehen, wenn sie in den Ferien, am Wochenende oder am Abend für kurze Zeit aus dem stressigen städtischen Alltagsleben heraustreten und sich zur Erholung «aufs Land» begeben.

Belebung der Städte und Gemeinden durch ländliche «Farbtupfer»
Das Interesse städtischer Verbraucher an offenen (Erzeuger-) Märkten nimmt zu: sei es aus Interesse an frischen Produkten, sei es aus Spass am «Einkaufserlebnis Wochenmarkt». Dazu benötigt man Bauern, die die Märkte beschicken.

Flächensicherung
Am Stadt- und Dorfrand waren bzw. sind landwirtschaftliche Flächen immer potentielles Bauland. Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung war und ist für die Kommunen eine sehr kostengünstige Form der «Flächensicherung». Wenn die Zunahme der Betriebsstillegungen nicht gestoppt werden kann, müssten

Kulturlandschaft oder Agrarwüsten, vor dieser Entscheidung stehen wir. Gemeinsam mit den Bauern sollten wir die ländliche Region erhalten und ihnen damit als Bauern die Zukunft sichern. Sie sollen weder «Greenkeeper» (Facharbeiter für Golfplätze) noch «Landschaftspfleger» noch Almosenempfänger der EU werden, sondern gesunde Nahrung für die Region erzeugen, nach und nach nur noch im ökologischen Landbau. Die Alternative wären Agrarwüsten, in denen auf Riesenflächen die genverkrüppelten Pflanzen heranwachsen, die von Agraringenieuren der Chemischen Industrie versorgt, maschinell zu Fertigkost verarbeitet und zu «Weltmarktpreisen» vermarktet werden. Bei dieser «Grünen Gentechnik» ist der Bauer überflüssig und die Gesundheit des Verbrauchers aufs höchste gefährdet.

neue Formen der Flächensicherung gefunden werden. Der Erhalt der Betriebe scheint daher die sicherste Variante zu sein.
Angesichts einer Agrarpolitik, die vor allem Unsicherheit und Resignation verbreitet, kann die bisherige kommunale Flächenpolitik nicht mehr so fortgeführt werden wie bisher. Landwirte brauchen Sicherheiten, um ihre Zukunft planen zu können. Aber mit einjährigen Pachtverträgen für kommunale Flächen (gängige Praxis) lässt sich der Bau eines neuen Stalles nicht planen. Wenn Landwirte im städtischen Umfeld gehalten werden sollen, muss sich die bisherige Pachtpolitik ändern.

Bauanträge landwirtschaftlicher Betriebe
Zunehmend kommt es zu Konflikten zwischen Wohnbevölkerung und landwirtschaftlichen Betrieben. Letztere waren zwar «früher da», müssen aber häufig den sich wandelnden Ansprüchen der städtischen Bevölkerung weichen. Geruchsemitierende Stallneubauten sind besonders problematisch.

Arbeitsplätze auf dem Land
In bisher noch zu seltenen Fällen stehen statt der genannten, eher städtischen Interessen die einer lokal-regionalen Wirtschaftsförderung im Vordergrund: ein richtiger Ansatz, wenn man bedenkt, dass in Deutschland jedes Jahr Zehntausende von landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen verlorengehen.

Interessen und Ziele kommunaler Agrarpolitik

Beim Blick auf die Behörden, die die kommunalen oder kreisweiten, landwirtschaftlich relevanten Programme erarbeiten und durchführen, wird deutlich, dass meist nicht der wirtschaftspolitische Aspekt der Agrarpolitik im Vordergrund steht. Treibende Kräfte auf der kommunalen Ebene sind häufig Umweltämter oder Naturschutzbehörden: Ämter für Wirtschaftsförderung tun sich bisher nur in Ausnahmefällen hervor. Es wird vor allem Umweltpolitik betrieben, die die negativen Folgen der Bundes- bzw. EU-Agrarpolitik und auch eine falsche kommunale Flächenpolitik korrigieren soll.
Vor diesem Hintergrund verwundert es dann nicht, dass es nicht primär beabsichtigt ist, Politik für die Minderheit der Bäuerinnen und Bauern zu machen, sondern dass kommunale Agrarpolitik sehr häufig als Flächen(schutz)politik ausgelegt ist.
Diese Flächenpolitik lässt sich noch in drei Bereiche gliedern:

- Freiflächensicherung
- Landschaftspflege und Landschaftsgestaltung sowie
- Ökologisierung und Extensivierung der Bewirtschaftung.

«Nur eine umweltgerechte Landwirtschaft findet zukünftig Akzeptanz.»

Bäuerliche Interessen und Ziele
Auch im Rahmen einer kommunalen Agrarpolitik wird zunächst für die Landwirtschaft die Existenzsicherung, das Erwirtschaften eines ausreichenden Einkommens von grösster Bedeutung sein.
Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang auch die Nebenerwerbslandwirtschaft. Es kann nicht mehr allein darum gehen, nur grosse «überlebensfähige» Betriebe zu schaffen. Landwirtschaft ist mehr als nur ein Wirtschaftsbereich. Mehr als die Hälfte aller Betriebe in Deutschland werden im Neuerwerb betrieben: die soziale Bedeutung der Landwirtschaft wird hier besonders deutlich.

Forderungen an eine kommunale Agrarpolitik

Um den Zielen und Interessen sowohl der Kommunen als auch der Landwirte gerecht zu werden, bedarf es neuer, integrierter Ansätze. Eine nachhaltige Agrarpolitik auf kommunaler Ebene muss sich dabei von immer noch weit verbreiteten sektoralen Denkweisen verabschieden. Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen zu sehen, die an eine kommunale Landwirtschaftspolitik zu stellen wären:

1. Städte und Gemeinden müssen sich ihrer Verantwortung für lebensfähige Bauernhöfe bewusst sein!
Die nicht in Geld abgegoltenen Leistungen der Landwirtschaft im Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz sowie ihre Bedeutung für sozial, kulturell und ökonomisch lebendige Regionen sind enorm.
Dies sind meist Leistungen, deren Erfüllung man von der Landwirtschaft erwartet. Dabei wird oft übersehen, dass diese Leistungen, direkte wie indirekte, nachhaltig nur dann gesichert sind, wenn genügend viele lebensfähige Bauernhöfe erhalten bleiben. Es ist eine Scheinlösung, wenn man versucht, die Landwirtschaft auf die Erfüllung einzelner isolierter Aufgaben zu reduzieren. Die Landwirtschaft kann die geforderten Aufgaben nur erfüllen, wenn sie als Landwirtschaft – das heisst als Produzent von Lebensmitteln, deren Wert von der Gesellschaft anerkannt wird – erhalten bleibt.

2. Ländliche Kultur muss als Lebensart erhalten bleiben!
Existenzfähige Bauernhöfe und die dort arbeitenden Menschen sind der Kern des ländlichen Lebens und der ländlichen Kultur in der Region. In der bäuerlichen Arbeits- und Lebensweise steckt ein «Schatz» von Erfahrungen, Weisheiten, Kenntnissen, vielfältigen kulturellen Ausdrucksformen und den ökonomischen und ökologischen Verhältnissen angepassten Verhaltensweisen. Diese soziale Kompetenz und Vielfalt gilt es genauso zu bewahren wie die durch eine umweltverträgliche Wirtschaftsweise gesicherte ökologische Vielfalt.

3. Wer die Leistungen der Landwirtschaft nutzen will, muss Bauernhöfe erhalten und ihnen eine Perspektive bieten!
Eine kommunale Landwirt-

schaftspolitik muss darauf abzielen, für die Höfe bessere und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Sie muss die Bauern befähigen, sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen und eine Perspektive zu entwickeln, die unabhängiger macht von Förder- und Ausgleichsmitteln, von politischen Entscheidungen und von der Kassenlage der öffentlichen Haushalte.

4. Eine nachhaltige und umweltgerechte Landwirtschaft braucht gesicherte Flächen!
Die langfristige Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft erfordert klare und verlässliche Aussagen über die Zukunft der landwirtschaftlichen Flächen, auf deren Grundlage Bauern für eine überschaubare Zeit sicher disponieren können.

5. Landschaftsplanung darf nicht nur Flächen gestalten, sondern muss Höfe erhalten!
Deshalb müssen Strukturen und Entwicklungschancen der Höfe von Anfang an in die Erarbeitung von Landschaftsplänen oder Extensivierungsmassnahmen einbezogen werden. Auflagen müssen flexibel und eventuelle Ausgleichsleistungen so gestaltet werden, dass diese nicht als Auslaufförderung verstanden werden, sondern den Betrieben eine Perspektive sichern.

6. Die Landwirtschaft hat nur dann eine Chance, wenn sie Akzeptanz findet. Darum muss sie umweltgerecht produzieren!
Bauern werden ihre Interessen in der Gesellschaft nicht mehr allein durchsetzen können. Sie brauchen Bündnispartner, ganz besonders in grossstädtischen Ballungsräumen. Diese Akzeptanz ist in letzter Zeit zunehmend in Frage gestellt, weil die Entwicklung der Landwirtschaft vielerorts zu einer ernsten Belastung und Bedrohung der Umwelt geführt hat. Nur eine umweltgerechte Landwirtschaft findet zukünftig Akzeptanz.

7. Der ökologische Landbau erfüllt die ökologischen Funktionen am sichersten, findet die meiste Akzeptanz und bietet besondere Marktchancen. Kommunale Landwirtschaftspolitik darf sich aber nicht nur auf Bio-Höfe beziehen, sondern muss die ganze Landwirtschaft der Region im Blickfeld haben!
Auch in der konventionellen Landwirtschaft sind Schritte in Richtung Umweltverträglichkeit nötig und möglich. Entscheidend wird die Frage, in welche Richtung sich die konventionelle Landwirtschaft entwickelt, sein:
- ob sie weiter an bäuerlichen Prinzipien festhält, nämlich Bindung an Landschaft und Heimat, Denken in Kreisläufen und in Generationsverantwortung, Achtung vor der Natur und ihren Lebewesen, verantwortungsvoller und nachhaltiger Umgang mit den Lebensgrundlagen;
- oder ob sie in Richtung Agrarindustrie geht, bei der Boden, Pflanzen und Tiere lediglich austauschbare und ausnutzbare Produktionsinstrumente und Kapitalanlagen sind.

8. Der Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen ist gezielt zu fördern!
Die Lebensmittelskandale der letzten Jahre haben die Chancen der regionalen Vermarktung verbessert. Immer mehr verunsicherte Verbraucher suchen nach Lebensmitteln, deren Produktionsbedingungen ihnen überschaubar erscheinen und die in ihrer Nähe erzeugt werden. Denn nur die Nähe zum Erzeuger garantiert ihnen, dass sie keinem Etikettenschwindel unterliegen. Wenn sich die Produkte der Region positiv von anderen abheben, werden die Verbraucher diese Produkte verstärkt kaufen und auch mehr für sie bezahlen.
Ein regionales Vermarktungskonzept muss jedoch weitere Aspekte mit einschliessen, wie Naherholung, Tourismus, Handwerk, Gastronomie, Tage der offenen Hoftür und Imagekampagnen für die Region. Die regionale Vermarktung bäuerlicher Produkte, gerade auch in Verbindung mit einer umweltverträglichen Landwirtschaft, kann für das Image der Region als Zugpferd wirken. Umgekehrt verbessert das Image der Region die Vermarktungschancen regionaler Produkte gegenüber überregionaler Konkurrenz.

9. Die «grosse Agrarpolitik» im Auge behalten!
Die Bedeutung kommunaler Landwirtschaftspolitik ist begrenzt. An vielen Punkten muss sie Entwicklungen entgegenwirken, die von der EU-Agrarpolitik forciert werden.
Andererseits wird immer deutlicher, dass flächendeckend eine Trendwende zugunsten bäuerlicher Existenzen, der Umwelt und regionaler Zusammenhänge überfällig ist. Die Kommunen und deren Spitzenverbände sollten sich in diese Debatte einmischen.
Aber auch wenn es zu einer Wende in der «grossen Agrarpolitik» kommen sollte, bleibt die kommunale Landwirtschaftspolitik besonders wichtig. Die Europäische Union hat im Rahmen der Diskussion über Subsidiarität bereits signalisiert, dass sie erkannt hat, dass man durch globale Regelungen in Brüssel keine Lösungen finden kann, die an die jeweilige Situation vor Ort angepasst sind. Jede Region muss daher in Zukunft für sich entscheiden, welche Bedeutung sie ihrer eigenen Landwirtschaft beimisst und wie sie mit ihr umgeht.
An die Nahtstelle von Stadt und Land sowie in der Beziehung von (auch ländlichen) Kommunen zur Landwirtschaft wird besonders deutlich, welchen Wert und welche Rolle Landwirtschaft hat und haben soll. Das zeigt sich in Konflikten, aber auch an den ebenso vielfältigen Bündnismöglichkeiten im kommunalen Bereich. Wie Städte und Gemeinden sowie deren Bürgerinnen und Bürger mit «ihrer» Landwirtschaft umgehen, davon geht eine wichtige Signalwirkung aus.

Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene

Angesichts der Renaissance des Politikbereichs «Landwirtschaft» in Kommunen und Kreisen muss man sich zwangsläufig die Frage stellen: Was kann im Sinne der vielzitierten Subsidiarität am sinnvollsten auf dieser Ebene realisiert werden? Die Frage erhält insofern eine gewisse Brisanz, als kommunale Agrarpolitik häufig nicht die Ergänzung der Bundes- und EU-Agrarpolitik auf einer anderen Ebene ist, sondern das Gegenteil davon.
Angesichts dieser Situation ergibt sich eine weitere Frage: Sind die eigenständigen kommunalen Anstrengungen eingebettet in Konzepte einer langfristig ausgerichteten Politik, oder handelt es sich nur um kurzfristiges Krisenmanagement? Würde kommunale Agrarpolitik wieder überflüssig, wenn sich die «grosse» Agrarpolitik ändern würde?
Antworten auf diese Fragen wollen anhand konkreter Beispiele gegeben werden:

Beispiel 1:
Verarbeitungsbetriebe
Die Erhaltung kommunaler Verarbeitungsbetriebe (Schlachthöfe, Molkereien) ist von Bedeutung, wenn eine Politik für Qualitätsprodukte betrieben wird, wie es inzwischen einige Kommunen und Kreise tun.
Sicherlich können und müssen die hofeigene Verarbeitung und die Direktvermarktung ausgeweitet werden. Allein auf diese Strategie zu setzen, würde jedoch an der Realität vorbeigehen. Das gezielte Erhalten eines dezentralen, mittelständischen – unter Umständen auch kommunalen – Verarbeitungsgewerbes ist daher notwendig und sollte ein Bereich kommunaler Politik sein.

Beispiel 2:
Förderprogramme und ihre Langfristigkeit
Ob es sich bei der kommunalen Agrarpolitik um ein vorübergehendes Phänomen oder um eine langfristige Entwicklung handelt, kann heute noch kaum abgeschätzt werden. Man kann allenfalls registrieren, dass das Interesse an diesem Thema derzeit zunimmt.
Eines ist jedoch klar: Teure Förderprogramme werden sich Kommunen und Kreise auf die Dauer nicht leisten können. Da dies auch die Bauern wissen, werden sie sich auf Förderprogramme kaum einlassen, wenn sie ihren Betrieb so umstrukturieren müssten, dass Investitionen in grösserem Ausmass anfallen, um in den Genuss der Fördergelder zu gelangen. Wenn Förderprogramme nicht dazu dienen, den Betrieb ökonomisch «zukunftsfähig» zu machen, können solche kurzfristigen Programme sogar als Einstieg in den Ausstieg dienen.
Förderprogramme in Richtung Extensivierung haben nur dann eine langfristige Perspektive, wenn die eingesetzten Mittel in Form von Anschubfinanzierungen für neue Betriebszweige, für die qualitative Veränderung von Betriebszweigen (z. B. Umstellung auf artgerechte Tierhaltung), für Verarbeitungs- oder Vermarktungsinitiativen verwendet werden und wenn diese neuen Bereiche des Betriebes durch höhere Produktpreise die Existenz des Betriebes nachhaltig sichern. Diese Beispiele machen deutlich, dass Förderprogramme nur in begrenztem Masse die Mittel der Wahl für kommunale Agrarpolitik sind.

Beispiel 3:
Ökologische Programme
Einige der Programme, die von frühzeitig aktiv gewordenen Kommunen entwickelt worden sind, sind inzwischen von den jeweiligen Bundesländern übernommen worden: Ackerrandstreifenprogramme, Förderungen des ökologischen Landbaus u. a. m. Aus diesen Bereichen können sich Kommunen und Kreise zurückziehen; es sei denn, dass sie mit einer Zusatzförderung eine bestimmte Bewirtschaftungsform auf ihrem Gebiet besonders attraktiv machen wollen.
Diese Ausführungen mögen genügen, um deutlich zu machen, dass gerade auf regionaler Ebene Lösungsansätze gefunden werden müssen. Landes-, bundes- oder gar europaweite Programme können nur einen groben Rahmen vorgeben, der vor Ort ausgestaltet werden muss. Leider ist die Agrarpolitik noch lange nicht so weit, dieser Erkenntnis durch die Abgabe eines Teils der politischen Entscheidungsbefugnis nach unten Rechnung zu tragen.

Beispiel 4: Regionalpolitik
Last, but not least kommt den Kommunen und Kreisen im Rahmen der Regionalpolitik eine besondere Bedeutung zu. Die Förderung der Vermarktung von in der Region erzeugten Produkten ist das Ziel von Öko- und Bauernmärkten sowie der Direktvermarktung an Kantinen und andere Grossverbraucher. Anfangs handelt es sich meist tatsächlich um Betriebe vor Ort, die diese Märkte beliefern. Im Zuge der zunehmenden Professionalisierung kann es aber geschehen, dass der (Bio-)Gross- und Zwischenhandel das Heft in die Hand nimmt. Damit ist nicht mehr garantiert, dass die Produkte aus der eigenen Region stammen. Es ist zwar nicht in jedem Fall notwendig, dass eine Stadt die Belieferung ihrer Kantinen mit eigenem Personal selbst übernimmt, um die heimische Landwirtschaft zu fördern. Aber zumindest sollte sie gestaltend in Beschaffungssatzungen eingreifen. Ähnliches gilt für Bauernmärkte, die den Anspruch erheben, Waren aus der Region anzubieten. Die Kontrolle über diese sollte nicht leichtfertig abgegeben werden. Es sind kaum Institutionen in Sicht, die einer Stadt diese Aufgabe abnehmen könnten.
Neben diesen näher beschriebenen Beispielen gibt es für Gemeinden, Landkreise und Regionen vielfältige Handlungsmöglichkeiten, eine nachhaltige Landbewirtschaftung zu unterstützen.
Dabei wird in Bezug auf Auflistung und Bewertung kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, sondern es soll vielmehr ein Beitrag zur Orientierung geleistet und die Phantasie angeregt werden. Bei der Erarbeitung und Umsetzung von konkreten Konzepten wird man ohnehin schnell an Grenzen stossen, wenn die jeweiligen regionalen Bedingungen nicht berücksichtigt werden. Flexibilität und ein kontinuierlicher Lernprozess sind unabdingbare Voraussetzungen, um auf dem Gebiet der regionalen Agrarpolitik nachhaltige Erfolge erzielen zu können.

von Thomas Schwarz, Regenstauf
aus «raum&zeit»

Thomas Schwarz ist 40 Jahre alt und studierte an der TU München-Weihenstephan Agrarwissenschaften. Von 1987 bis 1992 war er als Agrarreferent in der ländlichen Bildungsarbeit der Katholischen Land-Jugend-Bewegung in Regensburg tätig. (Anmerkung der Redaktion: Die Katholische Land-Jugend-Bewegung (KLJB) gehört zu den progressivsten und aufmüpfigsten Organisationen in Bayern, weshalb sie gelegentlich Probleme mit Amtskirche und Politik hat. Es gibt kaum eine Vereinigung, der die wirklichen Probleme der Bauern auf dem Land besser vertraut sind als die KLJB).
Seit 1993 arbeitet Thomas Schwarz als Geschäftsführer des Beratungsbüros «land-impuls-Gesellschft für regionale Entwicklung mbH». Er verfügt über vielfältige Erfahrungen auf den Gebieten Projektmanagement, Beratung für Gemeinde-Entwicklung, Agrar-Marketing und Umsetzung von Konzepten zur Landnutzung.